



Das Reichsbanner

Nr. 12

Dezember 1970

14. Jahrgang

ORGAN DES REICHSBANNERS SCHWARZ-ROT-GOLD
BUND AKTIVER DEMOKRATEN E.V. UND DES FREIHEITSBUNDES E.V. BERLIN

Unser Weg in das neue Jahr!

Am Ende des Jahres wenden wir uns an alle Kameraden im Bundesgebiet und im Ausland und an die Kameraden des Freiheitsbundes in Berlin, und danken Ihnen für die innerhalb dieses Jahres für uns geleistete nicht leichte Arbeit.

Idealismus und Opferbereitschaft waren wie in früheren Zeiten bei den Kameraden zu finden, wenn es galt, sich in mühevoller Einarbeit für eine Intensivierung unserer Tätigkeit, für die Werbung neuer Mitglieder und für die Ausbreitung unserer Organisation einzusetzen.

Die Schwierigkeiten bei der Durchführung dieser Arbeit sind nicht geringer geworden. Noch immer wird ihr Unverständnis, Ungleichgültigkeit, ja auch Gegnerschaft entgegengebracht.

Es hat jedoch den Anschein – und es gibt erfreulicherweise hier und dort sichtbare Zeichen dafür – daß Skepsis und Ablehnung uns gegenüber langsam weichen. Denn ein gefährlicher neuer Nationalismus mit allen Vorzeichen und Merkmalen wie wir sie noch aus der Zeit der Weimarer Republik her kennen, beunruhigt jetzt jeden überzeugten Demokraten. Es wird unsere Aufgabe im neuen Jahre sein, möglichst viele dieser Demokraten, Männer und Frauen, darauf aufmerksam zu machen, daß sie durch eine Mitgliedschaft und Mitarbeit in unserem Bunde mithelfen können,

neues Unglück von einem republikanischen und demokratischen Deutschland abzuwenden.

Der Erfolg unserer zweiten politischen Informations- und Bildungskonferenz in Hannover muß uns überall veranlassen, diese wichtige politische Arbeit auch örtlich zu verstärken. Hier wird auch unsere organisatorische Arbeit regelmäßiger und gründlicher zu tun sein; unsere bekannten Arbeitsrichtlinien weisen den Weg und sind hierbei eine Hilfe.

Im neuen Jahr gilt es vor allen Dingen die junge Generation und auch die Frauen für unseren Bund zu gewinnen. Deshalb darf neben der Pflege unserer Tradition nicht vergessen werden, daß wir nur unseren neuen und modernen Zielsetzungen und Methoden stark und wirksamer werden können.

Zuguterletzt wünschen wir allen Kameraden und ihren Angehörigen und den Freunden unseres Bundes ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr!

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Bund aktiver Demokraten e. V.

Der Bundesvorstand
Christian Weiß, 1. Bundesvorsitzender

Gegen den neuen Nationalismus

ak. – Bundes- und Landesvorstand unserer Organisation hatten sich in Telegrammen an den Polizeipräsidenten und den Oberbürgermeister der Stadt Bonn ebenfalls für das Verbot der für den 12. Dezember 1970 vorgesehenen Kundgebung der sogenannten Aktion Widerstand eingesetzt. Große Gegenkundgebungen, unterstützt von der SPD und den Gewerkschaften, waren bzw. sind vorgesehen, falls wie im Falle Essen – wider Erwarten – ein Verwaltungsgericht das Verbot aufheben sollte.

Wir begrüßen es, daß der Bonner Polizeipräsident Porz der der CDU angehört, mit einer überzeugenden Begründung jetzt ein Verbot der Kundgebung der Aktion Widerstand ausgesprochen hat und danken ihm hierfür. Gleichfalls danken wir unseren Kameraden Dieter Witte, Mitglied der SPD-Stadtratsfraktion Bonn, und Wilderich Freiherr Ostman von der Leye, SPD – MdB, die neben anderen namhaften Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens die Bemühungen um das Verbot energisch unterstützt haben.

Selbstverständlich werden sich die Mitglieder und Freunde des Reichsbanners, wo immer es notwendig und möglich ist, an Kundgebungen gegen einen neuen verderblichen Nationalismus beteiligen. Nach dem Grundgesetz haben sie geradezu die Pflicht, gegen Leute aufzutreten, die zum politischen Mord und zum Terror aufgefördert haben. Wir sagen es sehr bewußt: Hakenkreuz und Stahlhelm und ihre „rechtskonservativen“ (deutsch-nationalen) Helfer waren schon einmal Deutschlands Untergang. Und wir verschweigen auch nicht, daß diese politischen Kräfte bei ihren Bemühungen in den dreißiger Jahren der Demokratie den Garaus zu machen, die Unterstützung der Linksextremisten fanden. Durch den deutschen Faschismus verloren Millionen Deutsche ihr Leben und ebenso viele Millionen ihre Heimat.

Mit Befremden, ja mit Empörung haben unsere Kameraden die

Bemerkung des Bundestagsabgeordneten Hauser (die in den Bonner Tageszeitungen veröffentlicht wurde) zur Kenntnis genommen, man solle sich nicht an Gegenkundgebungen beteiligen, bei denen man sich ja mit „Kommunisten und Anarchisten verbrüdere“. Entschiedene Demokraten verbrüderern sich weder mit Extremisten von rechts noch von links, aber auch nicht mit einem neuen „Rechtsskartell“.

Die Mitglieder des BUNDES AKTIVER DEMOKRATEN, des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, sind Anhänger oder Mitglieder (und oft Funktionäre) der SPD, der CDU, der FDP, der Gewerkschaften, der Kriegsoffer- und NS-Verfolgtenverbände und werden mit legalen Mitteln unseren demokratischen Rechtsstaat gegen seine Widersacher verteidigen. Dafür brauchen sie aber eine größere Unterstützung durch die Bevölkerung und die demokratischen Parteien, Gewerkschaften und sonstigen Organisationen.

Jetzt ist es an der Zeit, auch unseren Bund zu stärken und für ihn zu werben. Wir fordern unsere Kameraden auf, Gleichgesinnte anzusprechen und sie zum Eintritt und zur Mitarbeit in unserem Bunde zu bewegen. Unser jetziger Bundesvorsitzende Kamerad Christian Weiß, hatte am 9. August 1930 (!) in dieser Zeitung unter der Überschrift: „Erkennt die Gefahr –!“ gegen die Lauen und Trägen unter den Demokraten schonungslos und unmißverständlich Stellung genommen und es diesen Leuten sehr deutlich gesagt, wie notwendig es gerade sie hätten, sich ein wenig mehr für den demokratischen Staat zu engagieren. Damals verhallte der Ruf – und das furchtbare Unglück der Diktatur kam über uns. Heute sind wir rechtzeitig gewarnt. Es kann gar nichts schaden, wenn die Nüchternheit unseres demokratischen Alltags – die sicherlich für eine ernste staatspolitische Arbeit an und für sich richtig ist – wieder einmal belebt wird von einem vernehmlichen Bekenntnis und Engagement für unseren demokratischen

Staat. Da macht auch die Jugend mit und das dumme Gerede von der Staatsverdrossenheit verschwindet sehr schnell. Gerade weil wir nicht nach Weimar zurückwollen (auch nicht mit unserer Arbeit), muß jetzt einem noch kleinen fanatisierten Haufen antidemokratischer Kräfte Paroli geboten werden. Diese Leute müssen einfach merken, daß mit Demokraten niemand ungestraft Schindluder treiben kann.

Es ist notwendig, die Forderung zu unterstützen: „Gegen die Sammlungsbewegung der Nationalisten brauchen wir eine standhafte Sammlung aller Demokraten!“

Wir freuen uns, daß unser Leitartikel „Verwirkt“ in der letzten Nummer unseres Blattes soviel Zustimmung fand. Wir erhielten Zuschriften aus dem Aus- und Inland und viele gleichlautenden

mündlichen Erklärungen.

Das ist ein gutes Omen für unsere künftige Arbeit. Sorge jeder Kamerad an seiner Stelle dafür, daß wir jetzt möglichst viele neue Mitstreiter bekommen. Es lohnt sich für die Demokratie. (Bei Redaktionsschluß konnten wir noch nicht über den Ablauf der Angelegenheit in Bonn berichten; wir werden das in der nächsten Nummer tun)

Der Schluß des Vortrages von Dr. Kaden folgt in der Januar-Nummer. Wir hielten es für richtig, in dieser Ausgabe eine Reihe aktueller Nachrichten und Berichte über den Rechtsextremismus zu bringen.

Rechtsextremistische „Deutsche Befreiungsfront“

von Alfred Miles

Wie AP und SZ melden, wollen die Angehörigen der kürzlich in der hessischen Stadt Hanau gegründeten „Deutschen Befreiungsfront“ einen „Marsch auf Bonn“ durchführen. „Wir werden rigoros zurückschlagen und ich kann heute schon sagen, daß es Verletzte und Tote geben wird, wenn man uns hindert, unsere Meinung zu den Schandverträgen kundzutun“ erklärte hiernach Roland Tabbert, der 42jährige Bundesvorsitzende dieser Organisation in einem Gespräch mit einem Journalisten. Dazu erschien ein Bild in der Frankfurter Rundschau, das Tabbert, den Hanauer NPD-Landtagskandidaten Detlef Bensing und ein weiteres Mitglied dieser „Befreiungsfront“ in Uniformhemden mit Runenwappen zeigt. Die Hanauer Gruppe bezeichnet sich als mit der NPD und der „Aktion Widerstand“ nicht identisch, will aber in Bonn „einige Straßenzüge getrennt“ in dieselbe Richtung marschieren. „Das Gute des Nationalsozialismus wollen wir praktizieren, und zwar in der Form, in der es der Führer getan hat . . .“

*

Ermittlungen wegen Volksverhetzung und Angriffe auf die Menschenwürde durch Aufstachelung zum Haß gegen Teile der Bevölkerung hat der Darmstädter Oberstaatsanwalt Hofmann eingeleitet. In Darmstadt, Marburg und Offenbach waren in den vergangenen Tagen anonyme Flugblätter mit der Schlagzeile

„Aktion Widerstand“: „Dann machen wir eine kleine Diktatur!“

Bericht über die rechtsradikale Demonstration in der Ruhrmetropole Essen

Bereits zwei Stunden vor dem offiziell genehmigten Start versammelten sich die Teilnehmer an der „Aktion Widerstand“ der NPD am 5. Dezember 1970 in der Mieslesheide am Rande von Essen, demonstrativ „hautnah“ zwischen der Essener Polizeikaserne und dem Betonklotz der Karstadt-Hauptverwaltung. Die sonst öde Fläche an der Schnellstraße Essen – Düsseldorf glich an diesem Vormittag einem Heerlager: Bereitschaftspolizei mit weißen Schutzhelmen igelte die offensichtlich ausgesuchten Autokorso-Fahrer – nur hundert Wagen waren zugelassen worden – ein. Die radikalen Wochenenddemonstranten kamen nicht nur aus Dortmund, Duisburg, Essen, Wuppertal und angrenzenden nordrhein-westfälischen Städten, sondern auch aus anderen Bundesländern, so z. B. aus Hessen, was den Einsatz geschulter Organisatoren und Agitatoren vermuten ließ. Nach jenem umstrittenen Urteil des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen, das entgegen dem Verbot des Essener Polizeipräsidenten Kirchhoff den Autokorso freigegeben und Gegenkundgebungen der Essener Gewerkschaften und anderen demokratischen Organisationen untersagt hatte, waren von der NPD offensichtlich vor allem handfeste Radikalskins zusammengetrommelt worden. Wortreich gestikulierend und diskutierend provozierten sie schon vor dem offiziellen Start. Manche hatten sich offensichtlich ganz auf Handgemenge eingestellt: Schafstiefel, kurze Jacken von uniformem Schnitt, dazwischen ein mit rotem Plakat mit weißem „W“ dekoriertes Lautsprecherwagen, Ordner mit Armbinden. Alle Jahrgänge waren vertreten, doch mehr ältere als jüngere dazwischen auch einige Frauen.

„Was machen wir, wenn wir immer wieder mit unseren Aktionen verboten werden?“, fragte ein junger Demonstrations-Teilnehmer der NPD. „Eines Tages machen wir dann eine kleine Diktatur!“,

„Deutsche in Deutschland – eine nationale Minderheit?“ aufgetaucht. In den Flugblättern wurden die Gastarbeiter als Ursache der „beginnenden Existenzvernichtung“ der deutschen Nation bezeichnet.

Und in Berlin haben Unbekannte an zehn Häusern des Westberliner Bezirks Charlottenburg Runenzeichen gemalt. Nach Mitteilung der Polizei hatten die Täter außerdem ein „W“ – das Zeichen der sogenannten „Aktion Widerstand“ – an die Wand geschmiert. Die etwa 30 Zentimeter großen Buchstaben in weißer Ölfarbe fanden sich auch an Schaufenstern und Türen. Ferner wurden Klebezettel mit der Aufforderung zum „nationalen Widerstand“ sichergestellt.

*

In Bonn genehmigte dieser Tage der Stadtrat jetzt gegen die Stimmen der SPD und einigen Stimmen der CDU den Ankauf von Papieren aus dem Nachlaß der „Reichsklaviermutter Eilly Ney“ zum Preise von DM 50 000,-. Die Künstlerin und Ehrenbürgerin der Stadt Bonn war eine begeisterte Anhängerin des Nationalsozialismus, wurde wegen Artikel über „die verjudete deutsche Musik“ nach 1945 heftig angegriffen, hielt bis wenige Jahre vor ihrem Tode eine ständige Verbindung mit dem sogenannten „Deutschen Kulturwerk“ alter Nazibarden und wurde auch von der NPD gefeiert.

lautete die Antwort eines älteren Mannes, und ein zweiter fügte etwas beschwichtigend hinzu: „ . . . und wenn es nur für drei, vier oder fünf Jahre wäre: Unter einer Diktatur würde es schon klappen!“

Der Aufmarsch der Rechtsradikalen wurde als Folge des kuriosen Urteils des Gelsenkirchner Verwaltungsgerichts schließlich von rd. 1000 Polizisten geschützt, darunter drei Hundertschaften Bereitschaftspolizei, die mit mehreren Wasserwerfern, Geländewagen und Notarzfahrzeugen zusammengezogen worden waren. Nach kaum zehn Kilometern „Protestfahrt“ geschah im Stadtteil Essen-Frohhausen genau das, wovor die Essener Polizei gewarnt und weswegen der Polizeipräsident der Ruhrmetropole das ursprüngliche Verbot in Übereinstimmung mit Essens Oberbürgermeister ausgesprochen hatte: Einige hundert meist jüngere Gegendemonstranten versperrten den Weg der NPD-Wagen den Weg und NPD-Fahrer steuerten in die demonstrierende Menge, die darauf hin zuschlug und Fahrzeuge beschädigte. Nur mit Mühe gelang es der Polizei, die Straße zu räumen. Dem gut vorbereiteten Polizeieinsatz der Essener Polizei ist es zu verdanken, daß keine größeren Auswüchse zu verzeichnen waren.

Der Essener Eklat hatte folgende Vorgeschichte. „In Erinnerung an die Vorgänge in Würzburg und in anderen Städten der Bundesrepublik haben wir die stärksten Bedenken gegen diese Veranstaltung.“ Mit diesen Worten hatte im „Auftrag von über 100 000 Essener Gewerkschaftsmitgliedern“ der Essener DGB-Vorsitzende Franz Busch einige Tage vorher den Polizeipräsidenten aufgefordert, die rechtsradikale Provokation zu untersagen. In Übereinstimmung mit dem Essener Oberbürgermeister und dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf hatte Polizeipräsident Kirch-

hoff daraufhin die NPD-Versammlung verboten. Begründung: Durch den NPD-Autokorso bestehe Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, weil mehrere politische Gruppen und Organisationen Gegendemonstrationen angekündigt hätten. Die NPD rief daraufhin das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen an, das das Verbot nicht einmal 24 Stunden vor dem Autokorso aufhob. Begründung des Gerichts: „Ob diese Behauptung (des Polizeipräsidenten) zutreffend ist kann im vorliegenden Aussetzungsverfahren und wegen der Kürze der dem Gericht für die Entscheidung zur Verfügung stehenden Zeit nicht weiter auf seine Stichhaltigkeit nachgeprüft werden“. Der – so hieß es u. a. weiter in der Urteilsbegründung – „deutsch-polnische Vertrag sei Anlaß zu diesem Autokorso“. Dies sei ein „außergewöhnlich wichtiger politischer Vorgang für die Gesamtheit des Volkes“. Und wörtlich das Gericht weiter: „Es liegt daher im legitimen Interesse der Antragsstellerin (NPD) als einer nicht verbotenen Partei, daß sie durch den geplanten Demonstrationzug nach ihren Vorstellungen auf die politische Willensbildung in der Bundesrepublik Einfluß zu nehmen sucht.“ Aus der Urteilsbegründung hatte man ferner die legitime „Berechtigung und Verpflichtung der Polizei“ abgeleitet, die „Versammlung der NPD vor Störungen und Gegendemonstrationen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu schützen, angemeldete Gegendemonstrationen zu verbieten

und spontane Gegenversammlungen aufzulösen.“ Ihrer Mißbilligung gaben führende Persönlichkeiten des Landes Ausdruck, so z. B. Ministerpräsident Heinz Kühn und sein Stellvertreter, Innenminister Willi Weyer FDP. Und daß die Befürchtung des Polizeipräsidenten Kirchhoff aus Erfahrungen resultierte berechtigt war, bewies sich nur wenige Kilometer nach dem Start der „Aktion Widerstand“, die – so in einem Schnellbrief der NPD in NRW – „auf breitester Ebene gegen das Brandt-Regime wächst“. Die NPD-Kreisverbände waren in dem Schreiben kurzfristig aufgefordert worden, alle Vorbereitungen zu treffen, damit diese Veranstaltung vom 5. Dezember zu „einer machtvollen Demonstration des ‚nationalen Widerstands‘ wird“. „Umdisponierungen“ hätte man, so hieß es weiter, kurzfristig zu erwarten, und das traf auch bereits zu, als NPD-Kreisvorsitzender Nold aus Essen und NPD-Landesgeschäftsführer Quelle aus Düsseldorf-Benrath Tage vorher auf Gaststättensuche gingen, um die „Aktion Widerstand“ in Nordrhein-Westfalen aus der Taufe heben zu können. In Essen fand sich zunächst kein Gastronom bereit, der NPD einen Saal zur Verfügung zu stellen. Und so war am 5. Dezember kurz vor dem Start des Autokorsos zu vernehmen, daß sich die NPD nachher in Wanne-Eickel treffen wolle, um dort die Gründung zu vollziehen. (PPP-Reportage 7. 12. 70)

Gelesen, zitiert und kommentiert

Der neue Extremismus

... Der Rückgang der NPD-Stimmen in Hessen ist ebenso erfreulich wie die Tatsache, daß auf die dort erstmals bei Landtagswahlen kandidierende „Deutsche Kommunistische Partei“ nur 1,2 Prozent entfielen, aber die Freude darüber wird... durch die Gründung einer an den schlimmsten Rabaukenstil der Nazis erinnernden „Aktion Widerstand“ fast unmöglich gemacht. Diese Gruppe war am 31. Oktober in Würzburg gegründet worden. Acht Tage später schoß ein junger Mann der extremen Rechten in Westberlin auf einen der sowjetischen Soldaten, die ständig vor dem Ehrenmal in der Nähe des Brandenburger Tors Posten stehen. Der Westberliner Senat, die Regierung und die Parteien in Bonn haben sofort dieses Verbrechen verurteilt, und die Polizei faßte den Täter, der vermutlich vor ein britisches Militärgericht kommen wird. Aber das Motiv der Tat liegt im Bereich des außerparlamentarischen Rechtsradikalismus. Der Täter begründete seinen Mordanschlag damit, daß er die Ratifizierung des deutsch-sowjetischen Vertrages habe verhindern helfen wollen“. (Aufbau, New York /47/197)

Mordhetze ist kein Kavaliersdelikt

von Sebastian Haffner

„Als Herbert Wehner im Sommer von der „geistigen und physischen Mordlust“ der radikalen Rechten sprach, da hat wohl mancher noch überlegen gelächelt und bei sich gesagt: „Der Mann übertreibt.“ Politischer Mord als Methode einer „nationalen Opposition“ – ja, ja, das hatte es wohl vor fünfzig Jahren einmal gegeben, in den wilden Anfangsjahren der Weimarer Republik, aber wer denkt denn heute in Deutschland noch an so etwas? „Bonn ist nicht Weimar.“

Nach dem, was sich am Sonnabend, dem 31. Oktober 1970, in Würzburg abgespielt hat, läßt sich diese selbstzufriedene Harmlosigkeit nicht mehr aufrechterhalten. Sicher möchten es viele auch heute noch nicht wahrhaben, aber Wegsehen hilft nichts mehr: Die „Aktion Widerstand“, die an diesem Tage und an diesem Ort ihre erste Großkundgebung veranstaltete, ist mit Mordparolen durch die Stadt gezogen, ohne daß einer der Beteiligten, wie es sich gehört hätte, vom Fleck weg verhaftet worden wäre. ...

Unter diesen Würzburger Parolen befanden sich die folgenden: „Willy Brandt an die Wand“, „Deutsches Land wird nicht verschenkt, eh' wird Willy Brandt gehenkt“, „Seit Moskau wissen wirs genau, Brandt heißt die Verrätersau“, „An die Wand mit Scheel und Brandt“.

Die Würzburger Reimparolen nehmen demgegenüber das Motiv eines sehr viel älteren politischen Reimes wieder auf, der 1922 im Schwange war und der lautete: „Schlagt tot den Walther Rathenau, die gottverdammte Judensau.“ Walther Rathenau, der deutsche Außenminister jener Tage, der übrigens ebenfalls im April 1922 einen Vertrag mit der Sowjetunion abgeschlossen hatte, wurde entsprechend dieser Aufforderung am 24. Juni 1922 von jugendlichen Rechtsradikalen ermordet.

Was meinen Sie, soll man nun wirklich abwarten, bis programmgemäß der erste Mordanschlag auf Willy Brandt oder Walter Scheel verübt wird? ...

Es handelt sich also um schwerste Verbrechen, gegen die jede Staatsanwaltschaft von Amts wegen einzuschreiten hat; bei der Höhe der zu erwartenden Strafen ist ohne weiteres Fluchtgefahr anzunehmen, die die sofortige Festnahme und Verhängung von Untersuchungshaft rechtfertigt. Und wenn man schon die Plakatträger und Sprechchorschreier, die die Würzburger Polizei pflichtvergessenerweise hat gewähren und laufen lassen, nicht mehr alle fassen kann: Die Adressen der Veranstalter und Rädelführer dürften ja wohl bekannt sein, und in ihren Büros und Wohnungen, die längst durchsucht sein sollten, müßten sich auch Hinweise auf die Hintermänner und Geldgeber der Mordhetze finden, unter denen wahrscheinlich reiche Leute sind, denn eine solche Veranstaltung kostet ja eine Stange Geld. Auch sie gehören als Mittäter hinter Schloß und Riegel. Mordhetze ist kein Kavaliersdelikt.

Ich möchte diesen Artikel als öffentliche Strafanzeige an die zuständigen Staatsanwaltschaften verstanden wissen ...

Unter der berüchtigten Weimarer Justiz wurden bekanntlich „rechte“ und „linke“ politische Verbrechen mit zweierlei Maß gemessen; auf dem rechten Auge war Justitia damals blind. Bisher kann man das der bundesdeutschen Justiz, alles in allem, nicht vorwerfen; sie war gerade dabei, sich von dem furchtbaren Ruf ihrer Weimarer Vorgängerin zu erholen. Wenn sie sich aber jetzt, wie es bisher leider den Anschein hat, gegen das Verbrechen und die Verbrechen von Würzburg blind stellen sollte, dann würde auch das schwerste Gebrechen der Weimarer Republik, die Vertrauenskrise der Justiz, wieder aktuell werden.“

(Stern 47/1970)

Bereitet diesem Spuk ein Ende!

„Der organisierte Terror der Rechtsradikalen, der am 31. Oktober die Straßen Würzburgs beherrschte, und der, wie angekündigt wurde, auch auf andere Städte ausgedehnt werden soll, einschließlich eines „Marsches auf Bonn“ im Januar 1971, muß alle demokratischen Kräfte der Bundesrepublik aufhorchen lassen und auf den Plan setzen!

Radikalismus – ob von rechts oder von links – geht alle Parteien gemeinsam an. Alle Demokraten müssen sich gegen ihn zur Wehr setzen!

Die Gewerkschaften sind ebenso zum Kampf gegen Terror und Fanatismus aufgerufen wie die Arbeitgeberverbände, die demokratischen Parteien ebenso wie die Kirchen, die Hochschulverbände ebenso wie die Bürgervereine, die Frauen ebenso wie die Männer, die Jungen ebenso wie die Alten.

Aus allen Kreisen der demokratischen Bevölkerung wurde Protest laut. Die demokratische Presse hat sich scharf gegen die ewig Gestrigen von Würzburg gewandt. Zahlreiche Resolutionen wurden verfaßt. Viele Organisationen haben eindeutig Front gemacht. Der Sozialdemokratische Pressedienst schrieb u. a.: „Hier kann es keine parteipolitischen und parteitaktischen Differenzierungen und Zurückhaltungen mehr geben. 3000 aufgeputschte Menschen, darunter viele in paramilitärischer Uniformierung und in Ledermänteln mit Koppelzeug und Schulterriemen, die trotz ausdrücklichen polizeilichen Verbots zwei Stunden lang durch die Straßen der fränkischen Stadt marschierten

und grölten: Das hat zweifellos niemand mehr in der Bundesrepublik für möglich gehalten — mit Ausnahme der Akteure der „Aktion Widerstand“.

Die Frage, ob sich da ernste Gefahr zusammenbraut, beantworteten die Sprechchöre mit Mordhetze selbst: „Scheel und Brandt — an die Wand!“, „Schlagt die Roten tot!“, „Hängt die Verräter!“ und die mit Pistolenanschlag unterstützte Drohung gegen einen widersprechenden Bürger: „Maul halten, sonst beißt du ins Gras!“ — das ist ein Alarmsignal, das an keinem demokratischen Ohr mehr vorbeihallen darf!

Aus den Kreisen aufgebrachter Würzburger Demokraten wird u. a. gefordert, daß ein überregionaler Untersuchungsausschuß

die Hintergründe und den Ablauf dieser Terroraktion untersuchen und das Prüfungsergebnis der Öffentlichkeit vorzulegen habe.

Weiter soll künftig ein ausreichender Polizeischutz gewährleistet werden, denn Würzburg hat mit seiner Gegenüberstellung von 3 000 Demonstranten und 500 Polizisten gezeigt, wie künftig vorzuzorgen ist.

Dann soll die rechtliche Situation rechtsradikaler Organisationen von den zuständigen Innenministerien der Länder und des Bundes überprüft werden, und schließlich werden die demokratischen Parteien erkennen müssen, wo genau die Grenzen nach rechts außen zu setzen sind.“ (Nr. 22/1970 Grundstein)

Aus den Landesverbänden und Ortsvereinen

Landesverband Bremen/Weser-Ems:

Am 11. November 1970 starb unser 1. Vorsitzender des Ortsvereins Verden/Aller, Fritz Riegel.

Fritz Riegel war einer unter den ersten Aktiven im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Wer in diesem Schutzbund der Republikaner aktiv dabei war, der mußte ein Idealist und bereit sein, große Opfer zu bringen. Fritz Riegel war ein solcher Idealist. Beim Wiederaufbau des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold setzte Fritz Riegel seine ganze Kraft ein. Er war Mitbegründer des Landesverbandes Bremen/Weser-Ems und bis März 1970 stellvertretender Landesvorsitzender. Aus gesundheitlichen Gründen trat er als stellvertretender Landesvorsitzender zurück; blieb aber als Beisitzer dem Landesvorstand erhalten. Ehre seinem Andenken.

Ortsverein Bremen:

Vorstandssitzung am Sonnabend, 19. Dezember, 15.30 Uhr, in der Gaststätte Verdener Straße. Die Jugendleiter nehmen daran teil.

Jugendkreis:

Junge Mitglieder des Ortsvereins Bremen, vorwiegend aus dem JUGENDBUND Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold kommend, haben einen Jugendkreis gebildet. Die erste Besprechung fand am Mittwoch, dem 18. November statt. Zweck und Aufgabe des Jugendkreises ist es, sich politisch zu betätigen und junge Kräfte für das Reichsbanner zu gewinnen. Es wurde vorgeschlagen, gemeinsame Veranstaltungen, Fahrten und Wochenendkurse mit dem Jugendbund durchzuführen. Ein zugkräftiger Name für den Jugendkreis soll auf der nächsten Zusammenkunft am 6. Dezember mit erörtert werden.

Spandau:

Tischgespräch mit Angehörigen am Sonnabend, 23. Januar 1971, 20.00 Uhr, im Lokal „Hansa-Bier“, Weißenburger Straße, Ecke Jägerstraße.

Verden/Aller:

Mitgliederversammlung am Sonnabend, 9. Januar 1971, 19.30 Uhr, in der Gaststätte „Schwarzer Bär“, Bremer Straße 20. Mitglieder des Ortsvereins Bremen nehmen an der Versammlung teil.

Ortsverein Bremen:

Jahreshauptversammlung am Sonnabend, 16. Januar 1971, 15.30 Uhr. Nähere Mitteilungen ergehen durch schriftliche Einladung.

Freiheitsbund e. V. Landesverband Berlin

Der Landesvorstand wünscht allen Kameraden ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes und erfolgreiches neues Jahr.

Franz Meyer Richard Beck Ewald Köppen Rudi Brückner

Bonn: Freitag, 18. Dezember 1970, geselliges, vorweihnachtliches Beisammensein im Saale des Gasthauses Gardemann, Weiherstraße 1. Siehe Einladung.

Mitte Januar 1970 findet die erste Zusammenkunft unserer Frauen in den Argelanderstuben statt.

Kameraden im Ausland:

Wer kennt Kameraden im Ausland, die bisher noch nicht ihre Mitgliedschaft erneuert haben? Wir wollen mit diesen und den schon bei uns befindlichen Kameraden aus dem Ausland, einen engeren Kontakt herstellen. Zuschriften an Redaktion oder Bundesvorstand.

Landesverband Nordrhein-Westfalen

Für Anfang des Jahres 1971, wahrscheinlich Mitte oder Ende Februar, soll eine Landeskonferenz stattfinden. Schriftliche Informationen ergehen, sobald nähere Einzelheiten bekannt sind. Der Landeskassierer Adolf Prangenberg, 53 Bonn-1, Flensburger Straße 68, bittet um pünktliche Abrechnung für das Jahr 1970.

Herzlichen Glückwunsch

Am 1. Januar 1971 tritt unser Kamerad **Heinz-Winfried Sabais** sein Amt als Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt an. Wir wünschen ihm für seine verantwortungsvolle Arbeit viel Glück und Schaffenskraft. Wir danken ihm aber auch für die ausgezeichnete Unterstützung unserer Arbeit; der Bund hat hierdurch eine moderne Satzung und Aufgabenstellung erhalten.

UNSERE KLAREN POSITIONEN:

- **Entschiedener Kampf**
gegen Rechtsextremismus,
gegen Linksextremismus,
gegen reaktionären Nationalismus.
- **Keine Gemeinsamkeit**
mit extremen und reaktionären Gruppen,
aus welchem Anlaß auch immer.
- **Entschiedenes Eintreten**
für unseren demokratischen Staat,
durch aktive Mitarbeit in den demokratischen Parteien
und vor allem in unserem Bunde.

Bundesvorstand

Der geschäftsführende Bundesvorstand hat in seiner Sitzung am 12. Dez. 1970 in Frankfurt/Main beschlossen, den Landesverbänden zu empfehlen, bei geplanten Demonstrationen der „Aktion Widerstand“ sich mit den örtlich zuständigen Stellen der Gewerkschaften bzw. demokratischen Parteien in Verbindung zu setzen und deren Gegenmaßnahmen in jeder Form zu unterstützen.

Anmerkungen der Redaktion:

Durch ein Versehen ist die September-Nummer nicht mit 8/9 gekennzeichnet worden; im August ist keine Ausgabe der Zeitung erschienen. Redaktionsschluß für die Januar-Ausgabe ist der 5. Januar 1971. Versammlungsanzeigen usw. sind rechtzeitig einzusenden.

Beachtet die Arbeitsrichtlinien unseres Bundes,
verstärkt die Werbung unter jüngeren Mitbürgern,
denkt daran, daß auch die Frauen unserem Bunde angehören sollen,
sorgt für die gute Vorbereitung der Jahreshauptversammlungen,
wählt die richtigen Kameraden für die Vorstandsfunktionen,
gründet neue Stützpunkte und Ortsvereine.

Das Reichsbanner. Offizielles Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e. V. und des Freiheitsbundes e. V. Berlin.

Nr. 12 — Dezember 1970 — 14. Jahrgang

Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bundesvorstand,

6 Frankfurt am Main, Reineckstraße 7, Telefon: (06 11) 29 41 61.

Redaktion und verantwortlich: August Kerger, 53 Bonn-1, Nikolausstraße 17 II.

Tel.: (022 21) 22 97 15 und Erich Knapp, 53 Bonn-1, Annagraben 45 bei Ruhland.

Druck: Pullmann & Stevermüer, Offenbach am Main.

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Falle unbedingt die Meinung der Redaktion dar.